



Gabriele Schmidt
Mitglied des Bundestages

„Schmidts Berliner Brief“ 2/15

I. Das Wichtigste zuerst

1. Neues zum Kartellverfahren zur Holzvermarktung



In meinem letzten Brief habe ich Sie über den Stand zum Kartellverfahren und das geplante Bundeswaldgesetz informiert. Die Situation stellt sich aufgrund der geänderten und wenig nachvollziehbaren Haltung des Bundeskartellamts aktuell anders dar. Die von der Landesregierung im November abgegebene Verpflichtungszusage, die baden-württembergische Forstverwaltung umzustrukturieren, wurde von der Landesregierung nun zurückgenommen. Die Landesregierung sieht in der geplanten Umstrukturierung keine Rechtssicherheit mehr, da das Bundeskartellamt nun zu verstehen gab, dass viele Aufgaben der Forstverwaltung als wirtschaftliche Tätigkeiten einzustufen sind (z.B. Revierdienst) und daher mehr für den Wettbewerb geöffnet werden sollten. „Es ist damit zu rechnen, dass das Bundeskartellamt die gemeinsame Vermarktung von Holz aus dem Staats-, Kommunal- und Privatwald untersagen und die Landesregierung dagegen klagen wird“, so die Einschätzung meines Kollegen Alois Gerig (CDU), des Vorsitzenden des Landwirtschaftsausschusses. So oder so, die Leidtragenden eines solchen langwierigen Rechtsstreits wären u.a. die

Liebe Leserinnen und Leser,

herzlich willkommen zur aktuellen Ausgabe!

In einer Gedenkstunde zum 70. Jahrestag der Befreiung des Konzentrationslagers Auschwitz haben wir der Opfer des Nationalsozialismus gedacht. Gedenken und Erinnern sind wichtig, damit so etwas unvorstellbar Grausames nie wieder geschieht.

Gute Nachrichten vom Bund gab es diese Woche für sechs Schulen im Kreis Waldshut und vier im Kreis Breisgau-Hochschwarzwald (S.4).

In einem gemeinsamen Fachgespräch mit unserem Koalitionspartner haben wir die Weiterentwicklung der Werkstätten-Mitwirkungsverordnung (WMVO) diskutiert, an dem u.a. die Beauftragte der Bundesregierung für die Belange behinderter Menschen, Verena Bentele, teilgenommen hat. Diskutiert wurde u.a. über Werkstatträte und das Projekt „Frauenbeauftragte in Einrichtungen“. Das Bundesarbeitsministerium hat vor kurzem eine Novellierung der WMVO für den Herbst angekündigt.

Ein wesentliches Thema der Beratungen war diese Woche die von der CDU geforderte Entbürokratisierung des Mindestlohns. Die Initiative des Parlamentskreis Mittelstand, Nachbesserungen beim Mindestlohn zu erreichen, stieß in unserer Fraktion auf Zustimmung. Julian Würtenberger, Leiter der Zoll- und Verbrauchsteuerabteilung, berichtete in der Arbeitsgruppensitzung Arbeit und Soziales aus der Praxis (S. 2).

Auch im Gespräch der Arbeitnehmergruppe mit dem Chef des Bundeskanzleramtes, Peter Altmaier, ging es um arbeitspolitische Themen (S. 4).

*Herzliche Grüße
Ihre*

Forstämter. Das Bundeswaldgesetz, dessen Inhalte ich im letzten [Berliner Brief](#) geschildert habe, halte ich für einen guten Weg, um die bewährten Strukturen in Baden-Württemberg zu erhalten. Daher werde ich das Gesetzgebungsverfahren selbstverständlich unterstützen.

2. Mindestlohn entbürokratisieren! - Julian Würtenberger, Leiter der Zoll- und Verbrauchsteuerabteilung, gibt Antworten zum Mindestlohn und den Dokumentationspflichten

Julian Würtenberger, Leiter der Zoll- und Verbrauchsteuerabteilung, stand unserer Arbeitsgruppe für Arbeit und Soziales diese Woche zum Thema „Mindestlohn- und Dokumentationspflichten“ Rede und Antwort. Der Vorstand des Parlamentskreises Mittelstand der CDU/CSU-Bundestragsfraktion hat einen Antrag „**Mindestlohn entbürokratisieren und auf Fehlentwicklungen überprüfen**“ vorgelegt, den wir am Dienstag in unserer Fraktionssitzung beschlossen haben. Bei den Nachbesserungen beim Mindestlohn geht es im Wesentlichen um drei Dinge:

1. Absenkung des Schwellenwerts von 2.958 auf 1.900 Euro, ab dem die Dokumentationspflicht entfällt.
2. Schreibt der Arbeitsvertrag den Stundenlohn sowie die Arbeitszeit fest, so soll die Dokumentationspflicht für geringfügig Beschäftigte entfallen.
3. Evaluationsbericht zu den Auswirkungen des Mindestlohns sollte bereits zum 30. Juni 2015 vorgelegt werden.

Julian Würtenberger berichtete aus der Praxis der täglichen Arbeit des Zoll und führte unter anderem aus, dass es ausreichend sei, die tägliche Arbeitszeit und den Stundenlohn in einem Arbeitsvertrag oder Einsatz-/Dienstplan zu „dokumentieren“. Nur Abweichungen müssten schriftlich festgehalten werden. Die Arbeitgeber dürften die Aufzeichnung an die Arbeitnehmer delegieren. Es wäre ratsam, die Aufzeichnungen im 7-Tage-Rhythmus zu erledigen. Die Aufzeichnung bedarf auch keiner besonderen Form, handschriftliche Aufzeichnungen reichen demnach völlig aus. Im Sommer habe ich vor, Julian Würtenberger und den Zoll einen Tag lang bei der Arbeit zu begleiten und den Kontrolleuren über die Schulter zu schauen.

3. Kein Mindestlohn für ausländische LKW-Fahrer im Transitverkehr!



Ausländische LKW-Fahrer im Transitverkehr sollen laut Bundesarbeitsministerium einen Mindestlohn erhalten. Der Zoll soll die Zahlung des Mindestlohns überprüfen und die Spediteure sollen Einsatzpläne an den Zoll schicken. Ich halte die Anwendung der Mindestlohnregelung für die ausländischen LKW-Fahrer im Transit für nicht nachvollziehbar. Aus meiner langjährigen Berufspraxis kann ich sagen, dass die Ausweitung realitätsfremd ist. Der Nutzen für den deutschen Fiskus erschließt sich mir genauso wenig. Abgesehen davon gibt es seitens der EU-Kommission erhebliche wettbewerbsrechtliche Bedenken, was die Ausweitung

anbetrifft. Die EU-Verkehrskommissarin Violeta Bulc hat mit einem Brief an die Bundesregierung ein sogenanntes Pilotverfahren eingeleitet. Die Bundesregierung hat nun 70 Tage Zeit für eine Antwort.

II. Die Woche im Parlament (Auszug)

1. Erinnerung und Verantwortung - Gedenkstunde anlässlich des Tages des Gedenkens an die Opfer des Nationalsozialismus. Am 27. Januar 1945, auf den Tag genau vor 70 Jahren, befreiten Einheiten der Roten Armee die letzten überlebenden Insassen des deutschen Konzentrations- und Vernichtungslagers in Auschwitz. Schreckliche Bilder haben sich den Soldaten geboten, unvorstellbare Schicksale sind ihnen und der Welt offenbar geworden. Nie dürfen wir die Opfer vergessen und diese Schuld verdrängen. Auch deswegen ist der 27. Januar seit 1996 unser nationaler Gedenktag für die Opfer des Nationalsozialismus.

2. Drittes Gesetz zur Änderung des Regionalisierungsgesetzes. Mit dem Gesetzentwurf, der die Finanzierung des öffentlichen Personennahverkehrs betrifft, wollen wir die bisherige Regelung bei der Dynamisierung der Bundesmittel um ein Jahr fortschreiben. 1,5 Prozent bzw. 109 Mio. Euro stehen dafür zur Verfügung. Weitergehende Wünsche der Länder werden im Rahmen der Reform der Bund-Länder-Finanzbeziehungen zu diskutieren sein.

III. Sonstiges

1. Arbeitnehmergruppe im Gespräch mit dem Chef des Bundeskanzleramtes, Bundesminister Peter Altmaier zum Thema Tarifeinheit

Wir wollen die Tarifautonomie mit einem neuen Gesetz stärken. Dazu soll das betriebsbezogene Mehrheitsprinzip zur Anwendung kommen. Gegenwärtig kann es vorkommen, dass die Funktionsfähigkeit der Tarifautonomie durch Tarifkollisionen beeinträchtigt wird. An



sich sind die Gewerkschaften dazu da, Konflikte autonom zu lösen. Falls es den Gewerkschaften jedoch nicht gelingen sollte, einen Streit untereinander zu klären, soll diejenige Gewerkschaft den Vorzug bekommen, die die meisten Mitglieder hat. Vereinigungsfreiheit und das Streikrecht im Grundgesetz werden gewahrt. Verfassungsrechtliche Bedenken bestehen allerdings u.a. seitens der Ärztegewerkschaft Marburger Bund. Dieser hat bereits angekündigt, eine Verfassungsbeschwerde einzureichen.

(Bild v. Frank Zwiener: Gabriele Schmidt MdB und Peter Altmaier MdB)

2. Geld vom Bund für Berufseinstiegsbegleitung

Sechs Schulen im Kreis Waldshut und vier Schulen im Kreis Breisgau-Hochschwarzwald führen Maßnahmen der Berufseinstiegsbegleitung durch. Ziel ist es, junge Menschen möglichst unmittelbar in eine betriebliche Berufsausbildung zu integrieren. Das Angebot richtet sich an leistungsschwächere Schülerinnen und Schüler, die Gefahr laufen, den erfolgreichen Start ins Berufsleben zu verpassen. Die Berufseinstiegsbegleitung beginnt in der Vorabgangsklasse und endet in der Regel ein halbes Jahr nach Beginn einer Berufsausbildung. Die in den Schuljahren 2014/2015 bis 2018/2019 beginnenden Maßnahmen der Berufseinstiegsbegleitung werden jeweils zur Hälfte mit Mitteln der Bundesagentur für Arbeit sowie dem BMAS zur Verfügung stehenden Mitteln des Europäischen Sozialfonds (ESF) finanziert. Für die laufende Förderperiode 2014-2020 stehen rund 1 Milliarde Euro zur Verfügung, jeweils 530 Millionen Euro aus Mitteln des Europäischen Sozialfonds sowie aus dem Eingliederungstitel der Bundesagentur für Arbeit. Mit diesem Betrag können Maßnahmen der Berufseinstiegsbegleitung an 2.550 Schulen mit insgesamt rund 115.000 Teilnehmerinnen und Teilnehmern kofinanziert werden.

Die Auswahl der Schulen erfolgte im August und September 2014 in enger Abstimmung zwischen dem Bundesministerium für Bildung und Forschung, dem Bundesministerium für Arbeit und Soziales, der Bundesagentur für Arbeit und den Ländern.

Kreis Waldshut: Hans-Thoma-Schule, Bad Säckingen; Rudolf-Graber-Schule, Bad Säckingen; Hans-Thoma-Schule, Waldshut-Tiengen; Langensteinschule, Waldshut-Tiengen; Zelgschule, Wehr; Alemannenschule, Wutöschingen.

Kreis Breisgau-Hochschwarzwald: Werkrealschule Dreisamtal, Kirchzarten; Schulverbund Löffingen; Hebelschule GWRS, Titisee-Neustadt; Albert-Schweitzer-Schule, Gundelfingen.

3. Menschen zweiter Wahl – Das Leid der Frauen im Iran



Mit Herrn Saeid Yeganeh, Mitglied des Nationalen Widerstandsrates Iran (NWRI), kam ich bereits auf dem CDU-Landesparteitag in Ulm letzten Samstag ins Gespräch. Bei einem gemeinsamen Frühstück eine Woche später in Berlin hatten wir dann mehr Zeit, um über die Arbeit des Widerstandsrates und die Situation im Iran zu sprechen.

(Bild v. links: Sousan Azdanloo, Gabriele Schmidt und Zolal Habibi)

Nationaler Widerstandsrat Iran ist ein breites Bündnis von demokratischen und säkularen iranischen Organisationen, Gruppen, Vereine und Persönlichkeiten. Der Rat wurde 1981 in Teheran gegründet. Als Exilparlament agierend strebt der NWRI die Schaffung einer demokratischen und säkularen Koalitionsregierung im Iran an. Frauen stellen 25 % seiner Mitglieder. Im Iran herrscht seit dem Machtantritt der Mullahs ein systematisch frauenfeindliches System. Frauen sind per Gesetz Menschen zweiter Wahl. Die Opferzahl der neuen Welle von Säureangriffen auf Frauen steigt stetig. Das Leben ist von unermesslichem Leid der Frauen geprägt. Ich war tief bewegt von den Erzählungen der beiden Vertreterinnen im Rat. Die UNO wird nicht müde, die flagranten und systematischen Menschenrechtsverletzungen im Iran zu verurteilen, hat allerdings wenig Macht, etwas gegen das Regime auszurichten. Es ist wichtig, dass Politiker aus Deutschland und ganz Europa Zeichen setzen und für Menschenrechte, Toleranz und Gleichstellung eintreten. Am 7. März findet in Berlin eine Iran-Konferenz für Menschenrechte statt, an der viele Persönlichkeiten aus Politik und Gesellschaft teilnehmen werden.

IV. Aktuelle Termine/Hinweise

1. Bürgersprechstunde



Ich lade alle interessierten Bürgerinnen und Bürger zu meiner nächsten Bürgersprechstunde **am Dienstag, dem 10. Februar, ab 17.00 Uhr, in die Hauptstr. 18, Waldshut-Tiengen**, ein!

Ich freue mich auf viele interessante Begegnungen und Gespräche! Hier finden Sie die nächsten Termine: [Bürgersprechstunde](#)

2. [Meine Termine der nächsten Tage im Wahlkreis \(Auswahl\)](#):

- 07. Februar** • Besichtigung des NABU-Zentrums in Birkendorf mit Kandidatenvorstellung – Micha Bächle, Kandidat für die Landtagswahl stellt sich vor
- 07. Februar:** • Bunter Abend des Narrenvereins Schwanenmühle
- 09. Februar:** • Besuch des „Haus Lebensheimat“- Wohnen und Leben für Menschen mit Behinderung, mit Micha Bächle, Landtagskandidat, Thomas Dörflinger MdB und Tobias Link, Bürgermeister
- 09. Februar:** • Treffen mit dem Arbeitskreis Inklusion
- 10. Februar :** • Besuch der DELTA COMPONENTS GmbH, Waldshut-Tiengen